L1 – Sport im Osten – Faschos boxen!

Perspektivlosigkeit und Vereinsamung nehmen bei jungen Menschen weiter zu. Orte, an denen wir Gemeinschaft erleben können, ohne Geld ausgeben zu müssen, werden immer weniger. Das bietet Rechtsextremisten nicht nur einen Nährboden, sondern ist ein langfristiges Problem für unsere Demokratie.

Politik findet nicht nur in Räumen statt, die ausdrücklich als politisch ausgewiesen sind. Politik ist längst Teil unseres Alltags: im Klassenzimmer, auf der Straße, im Hörsaal, in der Kneipe oder im Sportverein. Wo Menschen zusammenkommen, Interessen aushandeln, Konflikte austragen und gesellschaftliche Verhältnisse erleben, findet auch Politik statt, bewusst oder unbewusst. Ob die Diskussion über die Wehrpflicht mit Mitschüler*innen, Demonstrationen gegen die Klimakrise auf dem Marktplatz, steigende Mensapreise am Campus, die Schließung von Kultureinrichtungen im ländlichen Raum oder das ehrenamtliche Engagement eines Fußballtrainers auf dem Dorfacker: All das ist Ausdruck einer Gesellschaft, die politisch geprägt ist und in der Gemeinschaft tagtäglich gelebt wird.

Gesellschaftliche Räume entstehen nicht von selbst, sie sind das Ergebnis politischen Engagements, gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und gemeinsamer Gestaltung.

Während demokratische Parteien diese Auseinandersetzungen allzu oft von der Seitenlinie aus beobachten, nutzen rechte Akteur*innen ihren wachsenden Einfluss gezielt, um bestehende Kulturorte und staatlich geförderte kulturelle Strukturen zu delegitimieren. Sie greifen jene Räume an, in denen Menschen Gemeinschaft finden, sich mit Freund*innen treffen und sich gegen Ungerechtigkeit organisieren. Gleichzeitig versuchen sie, eigene sogenannte „Alternativen“ aufzubauen und eigene Räume zu schaffen, in denen sie mit populistischen Antworten und weiter Präsenz einen rechten Kulturkampf einläuten.

2. Wie wir links-grüne Politik im Alltag junger Menschen spürbar machen können!

Junge Menschen erleben die Folgen der Klimakrise, ungleiche Bildungschancen, hohe Mieten und fehlende Beteiligungsmöglichkeiten. Zu oft werden Entscheidungen über ihre Zukunft getroffen, ohne dass sie ausreichend mitreden können.

Wir wollen das ändern. Klimaschutz, Bildung, Jugendbeteiligung und eine Umverteilung großer Vermögen sind keine Randthemen. Sie entscheiden darüber, wie lebenswert Brandenburg heute und in Zukunft ist.

- Klimaschutz: Wir wollen, dass unsere natürlichen Lebensgrundlagen geschützt werden, erneuerbare Energien ausgebaut und Brandenburg widerstandsfähiger gegen die Folgen der Klimakrise gemacht wird. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen. Das wollen wir beispielsweise durch ein kostenloses U27-Deutschlandticket erreichen.
- Bildung: Junge Menschen brauchen gut ausgestattete Schulen, ausreichend Lehrkräfte, multiprofessionelle Teams und gleiche Chancen – unabhängig vom Wohnort oder Geldbeutel der Eltern.
- Jugendbeteiligung: Eine konsequente Umsetzung von §19 BbgKVerf (siehe Glossar) in allen Kommunen ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Junge Menschen müssen dort mitentscheiden können, wo ihre Lebenswelt gestaltet wird: in Kommunen, Schulen, Jugendclubs und auf Landesebene.

Wir wollen eine Politik, die nicht nur über junge Menschen spricht, sondern von ihnen gestaltet wird. Dafür braucht es eine laute und sichtbare GRÜNE JUGEND, die junge Menschen organisiert und mobilisiert und ihnen auch bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Stimme gibt.

3. Schluss mit Abwarten

Für uns ist klar: Bündnis 90/Die Grünen müssen wieder in den Landtag einziehen. Doch Menschen erwarten dauerhafte Kampagnen und Aktionen, statt einem Wahlkampf für 3 Monate. Diese langfristige Organisierung beginnt heute.

Bündnisse schmieden und gemeinsam handeln

Politische Veränderung gelingt nicht allein. Wir wollen unsere Zusammenarbeit mit Jugendverbänden, Gewerkschaften, Klimagruppen, antifaschistischen Bündnissen, queeren Organisationen und anderen progressiven Akteur*innen stärken. Dabei geht es um langfristige Zusammenarbeit und gemeinsame Aktionen, die Menschen erreichen und mobilisieren.

Dazu geben wir uns für nächste Verbandsjahr folgendes Arbeitsprogramm:

- im kommenden Jahr zwei bis drei Landesaktiventreffen veranstalten, um das Verbandsgefühl und die GRÜNE JUGEND als sozialen Raum zu stärken;
- eine Veranstaltung gegen Rechts in Potsdam aktiv federführend mitorganisieren
- auch außerhalb Potsdams (vor-)politische Aktionen (Stände, Aktionen, CSDs, Demos etc.) umsetzen
- CSDs und queere Initiativen im ländlichen Raum unterstützen;
- bestehende Bündnisse pflegen und neue Kooperationen aufbauen;
- ein Bildungswochenende für unsere Mitglieder organisieren;
- wieder eine FLINTA*-Vollversammlung veranstalten und mit einem FLINTA*-Förderwochenende gezielt FLINTA*s im Verband vernetzen und stärken;
- Räume, die wir schaffen, gezielt für Bildungsarbeit nutzen.
- migrantisierte Mitglieder im Verband stärken und die GJ Brandenburg für sie zugänglicher machen. Dazu gehört beispielsweise, dass wir Migra-Personen gezielt zu den Förder-Wochenenden einladen und empowern. In unseren Kreisverbänden werden wir mehr auf migrantische Organisationen als Bündnispartner*innen zugehen
- fundraisen, um eine Social-Media-Stelle zu schaffen und unsere Öffentlichkeitsarbeit professioneller aufstellen

Wir wollen vor Ort präsent sein, Menschen zusammenbringen und zeigen, wie ein solidarisches, demokratisches und klimagerechtes Brandenburg aussehen kann.

Öffentlichkeitsarbeit und Social Media auf das nächste Level heben

Junge Menschen informieren sich zunehmend über soziale Netzwerke. Wer dort nicht stattfindet, überlässt wichtige Räume anderen – auch der AfD. Wir lassen uns diese Räume nicht nehmen, wir wollen junge Menschen mit unseren Inhalten erreichen und für gemeinsames Handeln gewinnen.

Dafür braucht es kontinuierliche Arbeit und mehr Präsenz auf Social Media. Deshalb wollen wir:

- uns das Ziel setzen, im kommenden Jahr mehr als eine Million Aufrufe mit Reels zu erreichen;
- weitere Mitglieder darin stärken, Videos zu produzieren und politische Botschaften verständlich zu vermitteln;
- digitale Reichweite gezielt nutzen, um Menschen vor Ort für unsere Aktionen und Themen zu mobilisieren.

Reichweite ist kein Selbstzweck. Wir wollen mehr Menschen erreichen, für unsere Ideen begeistern und neue Mitstreiter*innen gewinnen.

4. Nicht nur hoffen, handeln!

Wir dürfen uns nicht darauf verlassen, dass die AfD von selbst an Zustimmung verliert. Stattdessen müssen wir sie politisch bekämpfen, sich ihr widersetzen, demokratische Strukturen stärken und die Möglichkeiten des Rechtsstaats nutzen.

Wir fordern die Einleitung eines AfD-Verbotsverfahrens. Die Bundes- und Länderregierungen dürfen die bereits offensichtlichen Erkenntnisse der Verfassungsfeindlichkeit nicht ignorieren oder notwendige Schritte verschleppen.

Sollte sich im Berliner Abgeordnetenhaus eine rot-rot-grüne Mehrheit bilden, ist es wahrscheinlich, dass ihre Stimmen im Bundesrat für ein entsprechendes Vorgehen zur Verfügung stehen. Brandenburg kann dabei eine entscheidende Rolle spielen. Deshalb fordern wir die Brandenburger Landesregierung auf, sich klar zu positionieren, Abstimmungen mit anderen Ländern voranzutreiben und sich für die Einleitung eines AfD-Verbotsverfahrens einzusetzen.

Ein Verbotsverfahren ersetzt weder antifaschistische Arbeit noch eine starke Zivilgesellschaft, denn allein durch ein Verbot verschwindet die Ideologie nicht.

5. Unser Auftrag: Gemeinsam mehr werden

Die Rückkehr von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in den Landtag darf nicht zum Selbstzweck werden. Brandenburg braucht eine starke Stimme für konsequenten Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, gute Bildung und die Interessen junger Menschen. Daran werden wir auch Bündnis 90/DIE GRÜNEN immer wieder erinnern und für linke Mehrheiten in der Partei kämpfen. In einer veränderten Welt müssen sich auch politische Antworten verändern.

Dafür wollen wir als GRÜNE JUGEND Brandenburg stärker werden: mit tragfähigen Bündnissen, Aktionen, die Menschen erreichen, und einer Öffentlichkeitsarbeit, die unsere Inhalte sichtbar macht. Wir wollen vor Ort präsent sein, neue Mitglieder gewinnen und zeigen, dass Politik überall dort stattfindet, wo Menschen gemeinsam ihre Zukunft gestalten.

2029 beginnt nicht erst im Wahlkampf. Es beginnt mit jeder Aktion, jedem Bündnis und jedem jungen Menschen, den wir jetzt schon für unsere Ideen gewinnen.

Wir wollen ein Brandenburg, das seine Zukunft selbst in die Hand nimmt. Wir wollen eine starke GRÜNE JUGEND, die für Gerechtigkeit kämpft. Und wir wollen eine Politik, die die alltäglichen Probleme junger Menschen in den Fokus rückt und nicht länger klein redet.

Dafür werden wir größer, stärker und relevanter. Damit fangen wir jetzt an.

Glossar

Superwahljahr: Ein Jahr, in dem mehrere wichtige Wahlen stattfinden und politische Entscheidungen besonders stark beeinflusst werden können.

Progressive Mehrheiten / progressive Regierung: Mehrheiten oder eine Regierung, die sich für gesellschaftlichen Fortschritt, soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und gleiche Rechte einsetzt.

Politische Kräfteverhältnisse: Beschreibt, wie stark die verschiedenen Parteien und politischen Gruppen sind und wie viel Einfluss sie auf Entscheidungen haben.

Parlamentarische Stimme: Eine Partei oder Gruppe im Parlament, die bestimmte Interessen vertritt und sich für politische Veränderungen einsetzt.

U27-Deutschlandticket: Ein Deutschlandticket, das für alle Menschen unter 27 Jahren gilt. In eurem Antrag ist damit ein kostenloses Ticket für junge Menschen mit Wohnsitz in Brandenburg gemeint.

Multiprofessionelle Teams: Teams an Schulen, in denen Menschen mit unterschiedlichen Berufen zusammenarbeiten, zum Beispiel Lehrkräfte, Schulsozialarbeiterinnen und Psychologinnen.

Jugendbeteiligung: Die Möglichkeit für junge Menschen, bei Entscheidungen mitzureden und mitzubestimmen, die ihr Leben betreffen.

BbgKVerf: Abkürzung für die Brandenburgische Kommunalverfassung. Sie regelt unter anderem, wie Städte und Gemeinden organisiert sind und wie sie Entscheidungen treffen. § 19 behandelt die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Entscheidungen.

Progressive Akteur*innen: Menschen, Gruppen oder Organisationen, die sich für gesellschaftlichen Fortschritt, Demokratie, soziale Gerechtigkeit oder Klimaschutz einsetzen.

Landesaktiventreffen: Treffen von Mitgliedern eines Landesverbands, bei denen sie sich austauschen, gemeinsam planen und politische Aktionen vorbereiten.

Fundraising: Das Sammeln von Geld für politische Arbeit, beispielsweise durch Spenden, Fördermittel oder andere Finanzierungsaktionen.

Verfassungsrechtliche Voraussetzungen: Rechtliche Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit eine staatliche Maßnahme mit der Verfassung vereinbar ist. Bei einem Parteiverbot gelten besonders hohe Anforderungen.

Abgeordnetenhaus: Das Parlament des Landes Berlin. Es beschließt Gesetze und kontrolliert die Arbeit der Berliner Landesregierung.

Demokratische Selbstverteidigung: Maßnahmen, mit denen eine Demokratie ihre Grundwerte und Institutionen gegen Angriffe schützt. Dazu gehören politische

Aufklärung, die Stärkung demokratischer Organisationen und rechtsstaatliche Mittel